

Rede BM Meyer-Hermann zur Einbringung des Haushaltes 2024

Stadtvertretung am 26. Oktober 2023

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam mit Kämmerer Andreas Pöhler, für den dies das letzte Mal im Dienst der Stadt Vermold ist, darf ich Ihnen heute den Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2024 vorstellen, den wir damit in die politischen Beratungen einbringen.

Doch bevor wir zum Zahlenwerk für das kommende Jahr kommen, möchte ich zunächst auf das laufende Jahr und die wahrlich nicht einfache Ausgangslage blicken.

„Multi-Krisenjahr setzt sich fort“ – Auswirkungen werden spürbarer

Vermold kann auch haushalterisch auf sechs erfreuliche und erfolgreiche Jahre zurückblicken. Jeder Haushalt schloss mit einem, teilweise beträchtlichen Überschuss. Auch in 2022 wies der Jahresabschluss statt des geplanten Fehlbetrages einen Überschuss von rd. 2,4 Mio. Euro aus – zum 6. Mal in Folge. Hierdurch ist die Ausgleichsrücklage auf über 14 Mio. Euro angewachsen. Und im vergangenen Jahr hatte ich an dieser Stelle bereits angekündigt, dass wir diese Rücklage auch dringend brauchen werden.

Dabei läuft das aktuelle Jahr derzeit planmäßig. Doch „planmäßig“ heißt, dass wir das im diesjährigen Haushalt ausgewiesene Defizit von 4,4 Mio. Euro nach heutigem Stand auch in ungefähr dieser Höhe realisieren werden. Zwar könnte sich dieses noch durch die Ankündigung des Landes zum Auskehren von weiteren 808 Mio. Euro aus der Flüchtlingspauschale des Bundes an die Kommunen und einige Minderausgaben noch ein ganzes Stück reduzieren, doch ein 7. positiver Abschluss ist keineswegs zu erwarten. Damit müssen wir dieses Jahr die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen. Somit macht sich nun auch auf der kommunalen Ebene der deutliche konjunkturelle Abschwung bemerkbar, während wir uns in den vergangenen Jahren über deutliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer freuen konnten.

Zudem wird all das, was jeden von uns tagtäglich bewegt und aus den Medien zu entnehmen ist, auch immer mehr in den öffentlichen Haushalten spürbar und führt insbesondere auch auf der kommunalen

Ebene zu einer immer weiter wachsenden Arbeitsbelastung. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Wie in der jüngsten Ausschusssitzung dargestellt, nimmt die Zahl der Geflüchteten in Versmold weiterhin stark zu. Inzwischen haben über 500 Menschen Zuflucht in unserer Stadt gefunden. Allein in diesem Jahr haben wir bereits zwischen Januar und September 159 Zuweisungen erhalten. Dies fordert uns weiterhin sowohl bei der Unterbringung als auch in der Leistungsgewährung und sozialen Betreuung ganz enorm.

Über Änderungen und wirksame Entlastungen in der Migrationspolitik wird schon lange zwischen Bund und Ländern gesprochen – aktuell wieder. Ich hoffe, dass nun der Ernst der Lage zumindest erkannt wurde. Denn leider gab es bisher wenig Konkretes und vor allem Wirksames für die kommunale Ebene zu erkennen. Auch das in dieser Woche mit großem medialen Aufsehen beschlossene „Abschiebepaket“ wird in der Realität kaum spürbare Effekte bringen.

Und wenn aktuell zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten Punkte wie „Einführung einer Geldkarte statt Barleistungen“ oder die Heranziehung von Geflüchteten zu gemeinnütziger Arbeit diskutiert werden, dann wird wieder die Konsequenz solcher Maßnahmen sein, dass der gesamte administrative Aufwand und auch der Ärger damit ebenfalls den Kommunen aufgelastet werden.

Wirtschaftliche Anreize zu reduzieren, ist sicherlich richtig, doch aus meiner Sicht hilft den Kommunen neben der konsequenten Rückführung allerjener ohne Bleiberecht wirksam nur eine klare Begrenzung von neuen Zuweisungen durch den Schutz der Grenzen der Nationalstaaten und auch der EU-Außengrenzen und dass endlich der schon oft ausgesprochene Grundsatz „Menschen ohne Bleibeperspektive kommen nicht in die Kommunen“ auch umgesetzt wird. Hierzu gehört auch, dass auch die Kosten für alle vollziehbar ausreisepflichtigen Personen den Kommunen laufend erstattet werden und sich dies, nicht wie bisher, auf eine einmalige Pauschale beschränkt. Allein der letztgenannte Punkt macht bei den aktuellen Fallzahlen einen nicht erstatteten Betrag von 400.000 – 500.000 Euro jährlich aus.

Ich bin gespannt, ob die kommunale Praxis in den aktuellen Beratungen auch Gehör finden wird. Denn, wie aus Gesprächen mit meinen Amtskollegen aus dem ganzen Land erst gestern wieder deutlich wurde, ist die Lage in vielen Kommunen, die weder Unterkünfte noch Personal mehr aufbringen können, bis aufs Äußerste angespannt. Viele sehen sich

bereits vor dem „systemischen Kollaps der kommunalen Ebene“, wenn nicht zeitnah gegengesteuert wird.

Bei anderen Themen könnte man zwar den Eindruck gewinnen, der Bund hätte die Kommunen wieder entdeckt – doch meist leider nur, um uns weitere Aufgaben zu übertragen: Wohngeld-Reform (mehr als Verdreifachung der Fälle in Versmold allein bis Ende September), Pflicht zur Kommunalen Wärmeplanung oder auch der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. In diesen Zeiten muss mehr denn je wieder gelten: „Wer bestellt, bezahlt!“ – und das nicht nur bei einmaligen Investitionen, sondern auch bei den laufenden Kosten bzw. der Umsetzung!

An dieser Stelle möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung herzlich danken, die sich mit großem Engagement auch in diesem Jahr den Veränderungen und neuen Aufgaben gestellt und teilweise bis an die Belastungsgrenze für die Bürgerinnen und Bürger gearbeitet haben!

Daneben macht auch die Inflation vor dem kommunalen Haushalten nicht halt und wird sich durch die selbstredend gerechtfertigten Tarifierhöhungen in deutlich steigenden Personalkosten – nicht nur in unseren eigenen, sondern auch in den durch Umlagen finanzierten oder als Dienstleistung eingekauften, niederschlagen.

Schwierige Haushaltslage in den kommenden Jahren/Entlastungen?

Dass die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt und auch hier bei uns in Versmold deutlich schwieriger werden würde, dass hatten wir erwartet und auch immer wieder so formuliert. Doch dass wir nach sechs wirklich guten Jahren, in denen wir viel positives für unsere Stadt umsetzen konnten, uns nun mit einer gänzlich anderen Lage konfrontiert sehen und rd. 40 Prozent der Kommunen in NRW davon ausgehen, schon im nächsten Jahr in die Haushaltssicherung zu rutschen, macht die aktuelle Dramatik deutlich.

Lassen Sie es mich gleich vorausschicken: Wir gehören nicht zu diesen 40 Prozent. Doch diesem Haushaltsentwurf sind sehr intensive interne Beratungen vorausgegangen und der Haushalt wird nur durch die bereits enthaltenen deutlichen Einschnitte genehmigungsfähig. So haben wir zahlreiche Maßnahmen, lassen Sie es mich ein „HSK light“ nennen, schon eingearbeitet.

Nachdem ich bereits viel über den Bund gesagt habe, muss ich aber an dieser Stelle auch meine Enttäuschung über das Land NRW zum

Ausdruck bringen: Trotz mehrfacher Ankündigung liegen bis heute keine konkreten Maßnahmen zur Entlastung der kommunalen Haushalte vor. In einem gemeinsamen „Brandbrief“ der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und des Städte- und Gemeindebundes NRW, welches ich selbstverständlich mitunterzeichnet habe, wird daher der Ministerpräsident aufgefordert, zeitnah konkrete und wirksame Verbesserungen der kommunalen Finanzausstattung umzusetzen. Dem „Flurfunk“ nach, sollen in Kürze einige Vorschläge in einem Gesetzentwurf vorgelegt werden. Ich bin gespannt, wann und in welcher Form den Forderungen nun konkret nachgekommen wird.

So steht der aktuelle Entwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, zunächst unter den schon benannten schwierigen Vorzeichen.

Zeit des „Maßhaltens & Abarbeitens“

Um eine HSK-Pflicht vermeiden zu können, haben wir daher in den verwaltungsinternen Beratungen jedes Produkt genau unter die Lupe genommen und eine umfangreiche Liste mit Einsparpotentialen, Kürzungen und Mehrerträgen erarbeitet, durch die das Defizit im Finanzplanungszeitraum 2024-2027 um insgesamt rd. 5,4 Mio. reduziert werden kann und damit unter Verwendung der Ausgleichsrücklage die Defizitgrenzen der Gemeindeordnung eingehalten werden können.

Wir haben dabei verschiedene Szenarien angenommen. Leider müssen wir aufgrund fehlender konkreter Aussagen aus Düsseldorf derzeit das schlechteste davon annehmen.

Unser Motiv bei diesen Überlegungen, die wir Ihnen selbstverständlich transparent darlegen werden, war neben der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes die derzeitigen Standards im Interesse der Bürgerinnen und Bürger halten zu können. Dies heißt jedoch, dass unter unveränderten Rahmenbedingungen ab 2025 deutliche Kürzungen z.B. bei der Gebäude- und Straßenunterhaltung vornehmen müssen und auch wünschenswerte Projekte wie erhöhte Standards in der OGS oder ÖPNV-Angebote für Schüler im vorliegenden Entwurf keine Berücksichtigung finden konnten.

Zudem sind für 2024 die neuen fiktiven Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer eingeplant. Und ab 2025 wäre eine deutliche Erhöhung des Aufkommens der Grundsteuer um 1 Mio. Euro jährlich erforderlich, um weiterhin ein HSK zu umgehen.

Dies sind keine schönen Botschaften für eine Haushaltseinbringung, doch angesichts dessen, was täglich in den Medien zu lesen ist, nicht ganz

unerwartet. So werden die nächsten Jahre voraussichtlich die „Zeit des Maßhaltens und des Abarbeitens“ sein müssen.

Weiterhin viel möglich & viel vor!

Meine Damen und Herren,

Bei allen schlechten Botschaften und Unsicherheiten ist es aber keinesfalls so, dass wir nichts mehr für Versmold positiv auf den Weg bringen könnten. Zahlreiche große Projekte werden in Kürze konkreter bzw. begonnen und auch daneben haben wir viel vor und es ist viel möglich:

Nach den positiven Beschlüssen in den Gremien des Kreises Gütersloh zur **Förderschule „Sprache“ in Oesterweg** wird es nun an die Detailplanung und die Genehmigungen gehen. Der zusätzliche Finanzbedarf aufgrund der bereits in der vergangenen Sitzung dargestellten zusätzlichen Bedarfe ist im neuen Haushalt berücksichtigt und wird uns ebenfalls gemäß der Vereinbarung mit dem Kreis über die Jahre auskömmlich refinanziert. Ich freue mich sehr auf dieses ambitionierte Projekt und danke für das gute Miteinander mit dem Kreis in der ersten Planungsphase. Ich bin sicher, dass wir dieses große Vorhaben, das die Schullandschaft im ganzen nördlichen Kreisgebiet in den nächsten Jahrzehnten stärken und auch für die Stadt Versmold ein Gewinn sein wird, ebenso partnerschaftlich bis Sommer 2026 umsetzen und danach betreiben werden.

Im Bereich der Feuerwehr haben in den letzten Monaten viele Abstimmungsgespräche zum **neuen Feuerwehrhaus in Bockhorst** stattgefunden, in denen wir gemeinsam mit dem Löschzug die Grundlagen erarbeitet haben. Diese werden nun in eine konkrete Planung einfließen, die wir Ihnen in den nächsten Monaten vorstellen wollen. Außerdem sind mit dem MTF für Hesselteich und dem ELW für Versmold **zwei weitere Anschaffungen von Großfahrzeugen** zur Erneuerung des Fuhrparks für 2024 vorgesehen. Gemeinsam arbeiten Ordnungsamt und Feuerwehr zudem sehr engagiert weiter am **Katastrophenschutzbedarfsplan des Kreises** mit, der uns noch besser für Not- und Katastrophenlagen vorbereiten soll.

Auch (zumindest noch im kommenden Jahr) haben wir mit 1,2 Mio. Euro ein hohes Budget für die **Unterhaltung der städtischen Gebäude** eingeplant. Hier haben wir auch das im Rahmen unseres Klimaschutzkonzeptes festgelegte, ambitionierte Ziel der „Klimaneutralität bis 2035“ in den Haushalt aufgenommen und entsprechende Maßnahmen kontinuierlich in den nächsten Jahren vorgesehen.

Neben dem Thema Schule bleiben Kinder und Jugendliche weiterhin ein großer Schwerpunkt in der Haushaltsplanung der Stadt Versmold.

Nach der Bedarfsplanung des Kreises Gütersloh werden aufgrund der erfreulicherweise weiter steigenden Kinderzahl **zusätzliche Kita-Plätze** in 2-3 Gruppen entstehen müssen, um die wachsende Nachfrage zu decken. Hier werden wir Ihnen im kommenden Ausschuss die Zahlen und die geplanten Maßnahmen vorstellen und zeitnah mit dem Kreis die weiteren Schritte in die Wege leiten. Uns sind zudem die aktuellen Herausforderungen der Kita-Träger und der zunehmende Fachkräftemangel sehr bewusst und daher werden wir die Einrichtungen weiterhin mit der ungekürzten, 100-prozentigen Übernahme der nicht-refinanzierten Kosten unterstützen.

Mit der **weiteren Umsetzung unseres Spielplatzkonzepts mit der Umgestaltung mehrerer Spielplätze in den Ortsteilen, einem Jugendtreff am Skatepark und der konkreten Planung der Dirt-Bike-Strecke an der Wiesenstraße** wollen wir weitere Orte für alle jungen Generationen schaffen, um den Freizeitwert in unserer Stadt weiter zu steigern. Alle Projekte sollen mit den jungen Nutzerinnen und Nutzern gemeinsam erarbeitet und – wo möglich – auch praktisch umgesetzt werden.

Für die junge Generation aber auch für viele andere aktive Sportlerinnen und Sportler sind auch bei den Sportstätten einige große Investitionen vorgesehen. In Kürze wollen wir mit der Umsetzung der **Sportanlage auf dem Wiedefeld in Peckeloh** beginnen, um hier nach den intensiven Diskussionen nun eine Zukunftsperspektive als Ersatz für die abgängigen Sportplätze im Dorfkern zu schaffen. Daneben wollen wir die **Beachvolleyballanlage Am Stadtpark** wieder ertüchtigen und das **Flutlicht am Kunstrasenplatz in Oesterweg** auf LED umrüsten. Außerdem hoffen wir auf die Förderzusage vom Bund, um endlich die erforderliche **Sanierung des Sanitär- und Umkleidegebäudes im Kurt-Nagel-Parkstadion** in Angriff nehmen zu können.

Auch im Bereich der Stadtentwicklung und der Infrastruktur haben wir einiges auf der Agenda: Die **Umsetzung des Friedensparks** als letzten Abschnitt unseres ISEK wird eine „grüne, barrierefreie Verbindung“ zwischen der Innenstadt und unserem Schulzentrum schaffen und diesen Bereich ebenfalls deutlich aufwerten.

In 2024 werden wir die **Neubaugrundstücke** „Südlich Sandbreede“ vermarkten können und haben mit dem Bereich an der Stränger Straße in Peckeloh auch schon das nächste Projekt zur Schaffung weiteren Baulands in der Pipeline.

Die Mittel für die **Sanierung von Straßen und Wirtschaftswegen** bleiben auch im kommenden Jahr noch auf hohem Niveau und wir freuen uns, dass wir in diesem Jahr die Förderzusage für die grundlegende **Sanierung der Sandortstraße** erhalten haben, die wir zurzeit bauen. Für das kommende Jahr wird ein weiterer Förderantrag für die ebenfalls grundlegende Sanierung der Westbarthauer Straße gestellt und bei einem positiven Verlauf auch im Jahr 2024 gebaut.

Das Thema „Wärme“ ist eines der Kernpunkte unseres Klimaschutzkonzeptes und wird in der Zukunft eine der zentralen Herausforderungen für die Kommunen und auch die Stadtwerke sein. Hier werden wir in die **Kommunale Wärmeplanung** alsbald einsteigen, um Grundlagen, konkrete Potenziale und Ziele zu erarbeiten. Auch hier warten wir aktuell noch auf die Zusage des Bundes zu unserem Förderantrag, den wir bereits vor Monaten gestellt haben.

Die Nutzung von Potenzialen wollen wir auch in unserer erfolgreichen interkommunalen Zusammenarbeit mit Borgholzhausen weiter vorantreiben. Die Darstellung des **3. Bauabschnitts des IBV** hat Aufnahme in den Regionalplan gefunden, der in Kürze nun endlich final beschlossen werden soll. Danach wollen wir uns zeitnah auf den weiteren Weg zum Grunderwerb und der konkreten Planung machen, um unseren Unternehmen auch für die nächsten zwei Jahrzehnte Entwicklungsmöglichkeiten am heimischen Standort geben zu können.

Diese Auflistung zeigt, dass wir trotz aller aktuell eher grauen Vorzeichen noch eine Menge für unsere Stadt gestalten können und vieles, dass wir uns in den vergangenen Jahren vorgenommen haben, nun in die Umsetzung gehen kann. Dies ist die angesprochene „Zeit des Abarbeitens“.

Entwicklung beobachten und reagieren

Aber gleichzeitig gilt es auch, Maß zu halten – insbesondere bei bisher nicht berücksichtigten neuen Vorhaben. Die nächsten Wochen können aber noch grundlegende Veränderungen mit sich bringen, über die wir Sie selbstverständlich zeitnah informieren und die dann in den Beratungen Berücksichtigung finden können.

Und diese Veränderungen erhoffen wir nicht nur, wir fordern sie, wie schon gesagt, mit Nachdruck ein. Denn gerade in diesen Zeiten wird wieder deutlich, dass die kommunale Finanzausstattung dann nicht ausreichend ist. Dies haben die Kommunalen Spitzenverbände gegenüber der Landesregierung immer wieder deutlich gemacht, insbesondere auch mit Blick auf die immer weiter wachsenden kommunalen Aufgaben wie die Gestaltung der Klima- und Energiewende, die Aufnahme von Geflüchteten oder auch die großen Themen in Schule, Kita und Ganztagsbetreuung.

Derzeit warten wir noch auf Konkretes aus Düsseldorf und haben in unserer Planung zunächst den „worst case“ angenommen bzw. annehmen müssen. Aber grundsätzlich bleibe ich Optimist und hoffe, dass sich Potenziale ergeben, die wir zur Rücknahme von Kürzungen, zur Reduzierung von Einnahmeerhöhungen oder auch zur Berücksichtigung von zusätzlichen Projekten (und zwar aus unserer Sicht in dieser Reihenfolge) nutzen können.

Mein Appell also abschließend: Bleiben Sie mit mir in den Beratungen optimistisch aber realistisch und lassen Sie uns gemeinsam diese schwierige Phase für unsere Stadt gestalten!

Abschließend gilt, wie immer und dieses Mal besonders, unserem Kämmerer Andreas Pöhler ein besonderer Dank für die Haushaltsaufstellung, der Ihnen gleich zu seinem letzten Haushalt für die Stadt Versmold noch weitere Erläuterungen geben wird. Ebenso aber auch schon seiner Nachfolgerin, Frau Bürgin, die sich bereits sehr engagiert in die Haushaltsberatungen intern eingebracht hat, wie auch allen Produktverantwortlichen für ihre Mitwirkung!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und auf gute, wenn auch sicher nicht einfache Beratungen!